

ViVA soll der Polizei die Tür zur digitalen Zukunft öffnen

Bei der Digitalisierung hat die Polizei massiven Nachholbedarf. Mit dem Start des integrierten Vorgangsbearbeitungs- und Auskunftssystems ViVA Ende Februar will das Innenministerium eine Grundlage dafür schaffen, diesen Modernisierungsrückstand zu schließen. Für die Beschäftigten der Polizei bietet die Digitalisierung ihres Arbeitsbereichs viele neue Perspektiven: Unsinnige, sinnentleerte Doppelarbeit wird in Zukunft vermieden, komplexe Arbeitsvorgänge können aus einer Hand bearbeitet werden. Aber die Digitalisierung der Polizei kann auch zum Wegfall des eigenen Arbeitsbereichs führen – von der Kriminalaktenhaltung in den Behörden bis zur Sachbearbeiterfunktion in einzelnen Bereichen.

Für die GdP ist es deshalb wichtig, dass die Beschäftigten für die neue Technik nicht nur geschult werden, sondern dass sie auch die Möglichkeit bekommen, sich für andere Arbeitsbereiche in der Polizei weiterzubilden und neue, ihrer Qualifikation entsprechende Aufgaben zu übernehmen. Das gilt nicht nur für die Polizistinnen und Polizisten, sondern auch für die Verwaltungsbeamten und die Tarifbeschäftigten bei der Polizei.

Um dieses Ziel zu erreichen, wird die GdP den Einführungsprozess von ViVA in den nächsten Jahren intensiv begleiten. Nach Schätzungen des Innenministeriums wird es ohnehin rund drei Jahre dauern, bis das bisherige Vorgangsbearbeitungssystem IGVP endgültig durch ViVA abgelöst worden ist. Ein Zeitraum, der nicht nur auf der Ebene des Innenministeriums und der drei Landesoberbehörden, sondern auch in den 47 Kreispolizeibehörden vor Ort einen großen Gestaltungsspielraum lässt, um wirksame Personalverwendungs- und -entwicklungskonzepte zu schaffen und umzusetzen.

Aber auch sonst wird die Einführung von ViVA die Polizei vor enorme Herausforderungen stellen. Das ergibt sich alleine schon aus dem damit verbundenen enormen Schulungsbe-

darf für die Anwender. Deshalb wird ViVA auch nicht auf einen Schlag eingeführt, sondern nach und nach. In einem ersten Schritt wurde bereits im Februar 2017 ViVA 2.0 gestartet. Ziel der ersten Projektphase war die Integration des Auskunftssystems POLAS und die Einführung der elektronischen Kriminalakte. Jetzt startet die Version 2.1., in der schrittweise das bisherige Vorgangsbearbeitungssystem IGVP durch ViVA ersetzt wird. In

Personenfahndung selbst einleiten. Kriminalakten können von den Ermittlern und Sachbearbeitern elektronisch eingesehen werden, ohne erst umständlich in die Aktenhaltung zu gehen. Fahndungsausschreibungen und die Pflege von Verfahrensausgängen durch die Staatsanwaltschaft können ebenso automatisch erfolgen wie die Eintragung von Sterbedaten durch die Einwohnermeldeämter. Mit ViVA 2.1 können zudem Vorgangsdaten

in Zukunft auch lokal auf einem Rechner erfasst und später auf den VIVA-Server übertragen werden. Das hilft zum Beispiel bei der Arbeit außerhalb der eigenen Dienststelle, von der Vernehmung eines Tatverdächtigen in einer JVA bis zur Tatortaufnahme nach einem Wohnungseinbruch.

Doch noch ist das Zukunftsmusik. Erst müssen alle ViVA-Anwender geschult werden. Das geschieht in einem mehrstufigen System. Zunächst werden die Master und Multiplikatoren geschult, dann die eigentlichen Anwender. Aber für alle Anwender gilt: Sobald ihre Schulung abgeschlossen ist, geben sie alle neuen Vorgänge direkt in ViVA ein, damit das bei der Schulung erworbene Wissen nicht verloren geht. Deshalb geht ViVA 2.1 Ende Februar in den Echtbetrieb.



Zukunft soll es dadurch möglich sein, auch die Daten anderer Behörden wie zum Beispiel des Kraftfahrtbundesamtes oder der Einwohnermeldeämter elektronisch in die eigene Vorgangsbearbeitung zu integrieren. Das spart nicht nur Zeit, sondern vermeidet auch die Gefahr von Tippfehlern. Sachbearbeiter des Wach- und Wechseldienstes aber auch des Ermittlungsdienstes können in Zukunft in den meisten Fällen eine Sach- und

werden. Das geschieht in einem mehrstufigen System. Zunächst werden die Master und Multiplikatoren geschult, dann die eigentlichen Anwender. Aber für alle Anwender gilt: Sobald ihre Schulung abgeschlossen ist, geben sie alle neuen Vorgänge direkt in ViVA ein, damit das bei der Schulung erworbene Wissen nicht verloren geht. Deshalb geht ViVA 2.1 Ende Februar in den Echtbetrieb.

Von der Triumph Gabriele zu ViVA

Bis 1974 wurden alle Vorgänge bei der Polizei mit der Schreibmaschine erfasst. Dann ging PIKAS in Betrieb, das erste elektronische Informations- und Auswertungssystem der NRW-Polizei. Die Schreibmaschine wurde aber nicht ersetzt, sondern nur ergänzt. Erst 1990 kam mit Object Vision ein erster digitaler Formularenschrank hinzu.

Mehr als zehn Jahre später kam es 2003 mit dem Start des polizeieigenen Intranets zu einem weiteren Quantensprung: Die Behörden konnten jetzt mithilfe des polizeilichen Auskunftssystems POLAS erstmals Fahndungsabfragen selber durchführen. Trotzdem gab es für viele Vorgänge weiterhin nur Inselösungen, die nicht miteinander verknüpft waren. Das änderte sich erst ein Jahr später durch die Einführung des Vorgangsbearbeitungssystems IGVP. Damals war das eine Revolution: Die Daten müssen nur noch einmal elektronisch erfasst werden und stehen dann sowohl zum Ausdruck von Formularen als auch für die Vorgangsbearbeitung zur Verfügung.

Die Einführung von ViVA ist der nächste konsequente Schritt bei der Digitalisierung der Polizei: ViVA soll nicht nur das längst in die Jahre gekommene, störanfällige Vorgangsbearbeitungssystem IGVP ablösen, sondern erstmals die Vorgangsbearbeitung und das polizeiliche Auskunftssystem POLAS miteinander verknüpfen. Daher der Name: Verfahren zur integrierten Verarbeitung und Auskunft (ViVA). ViVA wird zudem eine Schnittstelle zu mobilen Endgeräten haben.

Die ersten Smartphones sollen 2019 für operative Bereiche in der Polizei zur Verfügung stehen. Losgehen soll es zunächst mit drei Anwendungen: ein polizeilicher Messengerdienst, eine Anwendung zur Fahndungsabfrage und eine Dokumentenlesefunktion. Weitere Applikationen werden erst nach und nach entwickelt und in das System implementiert. Nicht alles, was wünschenswert und sinnvoll ist, gibt es sofort.

Das Smartphone gehört zur persönlichen Ausstattung!



Wenn es um die Digitalisierung der Arbeit geht, hat die Polizei einen massiven Modernisierungsrückstand. Wie groß der Rückstand ist, zeigt ein simpler Blick über die Grenze zu unseren niederländischen Kolleginnen und Kollegen. Von der Technik, die den Polizistinnen und Polizisten dort zur Verfügung steht, können wir nur träumen! Das soll sich jetzt ändern. Ende Februar geht nicht nur das neue Vorgangsbearbeitungs- und Auskunftsprogramm ViVA an den Start, sondern ab der Jahresmitte sollen auch die ersten Smartphones kommen. Die Richtung stimmt also, das Tempo leider nicht!

Das Problem ist nicht, dass die neuen Smartphones am Anfang noch nicht alles können, was sie können müssen. Das hat auch in den Niederlanden einige Zeit gedauert. Sondern das Problem ist, dass nur wenige Smartphones angeschafft werden sollen. Weil nicht genügend Haushaltsmittel zur Verfügung stehen, kann das Innenministerium nicht einmal die Hälfte der 40 000 Polizistinnen und Polizisten persönlich mit einem Smartphone ausstatten!

Wie soll das gehen? Sollen die Kolleginnen und Kollegen, die leer ausgehen, weil auf ihrer Dienststelle die wenigen vorhandenen Smartphones schon für andere Einsätze gebraucht werden, weiter zu Block und Kugelschreiber greifen, wenn sie sich Notizen machen müssen? Sollen sie eine Fahndungsanfrage weiter umständlich per Funk an die Leitstelle durchgeben, statt bei einem gefährlichen Straftäter sofort zugreifen zu können? Sollen sie wirklich weiter auf ihre privaten Handys zurückgreifen müssen, wenn sie mitten im Einsatz wieder einmal in einem Funkloch festsitzen?

Dass das nicht geht, weiß auch der Innenminister. Deshalb gehört das Smartphone zur persönlichen Ausstattung. So wie alle anderen persönlichen Einsatzmittel auch. Deshalb gibt es nur einen Ausweg aus diesem Dilemma: Das Land muss tiefer in die Tasche greifen, damit die Digitalisierung der Polizei endlich in die Gänge kommt. Das gilt übrigens nicht nur für die Anschaffung von genügend Smartphones, sondern für den Digitalisierungsprozess insgesamt. Er muss finanziell deutlich stärker unterfüttert werden. Wenn man weiß, dass von den 77 Milliarden Euro, die dem Land in diesem Jahr zur Verfügung stehen, gerade einmal 3,4 Milliarden Euro an die Polizei fließen, dürfte das eigentlich kein Problem sein.

Michael Mertens,
Landesvorsitzender

Noch einmal 100 Anwärter mehr

2019 wird das Land die Zahl der Neueinstellungen bei der Polizei noch einmal um weitere 100 Stellen erhöhen, auf 2500 Kommissaranwärterinnen und -anwärter pro Jahr. Das haben die beiden Fraktionsvorsitzenden von CDU und FDP, Bodo Löttgen und Christoph Rasche, Anfang Dezember, kurz vor der Verabschiedung des Lan-

deshaushalts für 2019 angekündigt. Beide Regierungsparteien begründen die zusätzlichen Neueinstellungen auch damit, dass nicht alle Kommissaranwärterinnen und -anwärter die dreijährige Ausbildung zum Polizeibeamten erfolgreich abschließen. Darauf hatte die GdP in der Vergangenheit immer wieder hingewiesen.



Aktuell liegt die Durchfallerquote bei rund zwölf Prozent. Von den 2500 Anwärterinnen und Anwärtern, die am 1. September dieses Jahres ihr Polizeistudium beginnen, werden deshalb in drei Jahren voraussichtlich nur 2200 als Nachersatz zur Verfügung stehen.

Die GdP hat die erneute Erhöhung der Einstellungszahlen aus-

drücklich begrüßt. „Alle Bundesländer versprechen zurzeit, endlich wieder mehr Polizisten einzustellen. NRW lässt dieser Ankündigung Taten folgen“, sagte GdP-Landesvorsitzender Michael Mertens. „Auch wenn im nächsten Jahr die Wachen und Kommissariate erneut mit weniger Polizisten auskommen müssen, weil wir die jungen Kolleginnen und

Kollegen erst ausbilden müssen, kommt jetzt endlich ein echter Personalaufbau in Sicht“, ergänzte er. Bleibt es bei der bisherigen Abbrecherquote, werden bis zum Ende der Legislaturperiode im Jahr 2022 in NRW rund 1000 Polizisten mehr zur Verfügung stehen als heute. Bis 2025 werden es sogar 2000 Polizisten mehr sein.

Neues Polizeigesetz mit breiter Mehrheit verabschiedet

Am 15. Dezember – unmittelbar vor Redaktionsschluss dieser Ausgabe – hat der Landtag mit einer breiten parlamentarischen Mehrheit das neue Polizeigesetz für NRW verabschiedet. Auch die SPD-Fraktion stimmte nach langer Diskussion der von der schwarz-gelben Landesregierung vorgelegten Gesetzesänderung zu. Zuvor hatten CDU und FDP ihren bereits im Frühjahr eingebrachten ursprünglichen Gesetzentwurf in mehreren Punkten deutlich entschärft, auch auf Initiative der GdP hin.

Im Gegensatz zu Bayern, das bereits im Frühjahr ein deutlich schärferes Polizeigesetz verabschiedet hat, besteht damit die Chance, dass das neue Polizeigesetz von NRW nicht nur auf eine breite Unterstützung in der Bevölkerung trifft, sondern auch über die aktuelle Legislaturperiode hinaus Gültigkeit haben wird. „Die Polizistinnen und Polizisten brauchen für ihr Handeln eine rechtliche Grundlage, die nicht je nach dem Ergebnis der nächsten Landtagswahl ständig verändert wird, sondern langfristig Bestand hat“, betonte GdP-Landesvorsitzender Michael Mertens nach der Entscheidung des Landtags. Zugleich erinnerte Mertens daran, dass die Eingriffsbefugnisse der Polizei verhältnismäßig sein müssen, damit sie einer möglichen Überprüfung durch die Gerichte standhalten. „Das ist mit dem neuen Polizeigesetz der Fall“, sagte Mertens gegenüber den Medien.

Wie bereits mehrfach in der Deutschen Polizei berichtet, wird mit dem neuen Polizeigesetz in NRW das Instrument der strategischen Fahndung eingeführt, das der Polizei die Möglichkeit gibt, Personen oder Fahrzeu-



ge beim Vorliegen konkreter Anhaltspunkte zeitlich befristet zu kontrollieren. Eine Videoüberwachung einzelner Plätze und Straßenabschnitte soll zudem in Zukunft auch dann möglich sein, wenn dort mit dem Begehen zahlreicher Straftaten zu rechnen ist. Bislang musste es dort bereits in der Vergangenheit zu einer Vielzahl von Straftaten gekommen sein.

Im Rahmen der Terrorabwehr bekommt die Polizei in NRW zudem die Möglichkeiten, auf die noch nicht verschlüsselten Handykommunikationsdaten von Tatverdächtigen zuzugreifen zu können. Terroristische Gefährder sollen außerdem beim Vorliegen konkreter Tatsachen auf richterliche Anordnung hin bis zu zwei Wochen im Polizeigewahrsam festgehalten werden können, um so einen drohenden Anschlag zu verhin-

dern. Diese Maßnahme ist auch dann zulässig, wenn sich Personen der Identitätsfeststellung entziehen.

Die GdP sieht in dem neuen Polizeigesetz eine wichtige Voraussetzung, damit die Polizei auch im Digitalzeitalter, in der Straftaten zunehmend durch das Internet vorbereitet und ausgeführt werden, handlungsfähig bleibt. „Zugleich müssen aber die Freiheitsrechte der Bürger gewahrt bleiben. Das ist mit dem neuen Polizeigesetz gesichert“, betonte Mertens. Die GdP geht deshalb davon aus, dass das neue Polizeigesetz auch einer möglichen Überprüfung durch die Gerichte standhalten wird. Dass es dazu kommen wird, gilt als wahrscheinlich: Die Grünen haben bereits angekündigt, das neue Polizeigesetz auf seine Verfassungsmäßigkeit hin prüfen zu wollen.

Countdown für die Tarifrunde 2019 läuft

Am 21. Januar beginnen in Berlin die Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Länder. Die Forderung nach einem deutlichen Einkommenssprung ist gestellt. Wir erwarten, dass auch die Vertreter der Bundesländer inzwischen erkannt haben, dass die von ihnen gezahlten Einkommen nicht mehr wettbewerbsfähig sind. Weder gegenüber den anderen Branchen, noch gegenüber den Einkommen beim Bund und den Kommunen. Deshalb lautet unser Motto: Anschluss halten! Gleiche Arbeit – gleiches Geld!

Einfach wird die Tarifrunde 2019 trotzdem nicht. Einen ordentlichen Sprung nach vorne wird es nur geben, wenn wir uns während der Tarifverhandlungen laut und unüberhörbar zu Wort melden. Tarifbeschäftigte und Polizeivollzugsbeamte, Verwaltungsbeamte und Pensionäre! Deshalb bereitet die GdP schon jetzt zahlreiche Aktionen vor, mit denen wir uns laut und unüberhörbar bei den Tarifverhandlungen zu Wort melden werden. Von der Aktiven Mittagspause bis zur möglichen Großdemonstration. Wann und wo wir auf die Straße gehen, erfahrt ihr über die Homepage des Landesbezirks und über Facebook.



„Tarifverhandlungen sind von großer Bedeutung, nicht nur in der freien Wirtschaft, sondern auch im öffentlichen

Dienst. Trotzdem ist es nicht so, dass die öffentlichen Arbeitgeber die Beschäftigten automatisch an der Steigerung des Wohlstands teilhaben lassen. Dabei erzielt der Staat gerade Steuereinnahmen in Rekordhöhe! Aber von alleine werden wir davon nicht partizipieren. Deshalb ist es wichtig, dass wir uns gewerkschaftlich organisieren, um den nötigen Druck auf die öffentlichen Arbeitgeber auszuüben. Und dass wir uns bei den Tarifverhandlungen zu Wort melden. Damit der öffentliche Dienst attraktiv bleibt.“

Mensure Kerekli
Kriminaloberkommissarin
Polizeipräsidium Recklinghausen

„In der Kriminalwissenschaft sind hochqualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig. Das Land konkurriert mit den privaten Arbeitgebern um den gleichen Personenkreis. Wenn wir schon gegenüber dem Bund ein deutliches Einkommensdefizit haben, werden wir den Kampf um die besten Köpfe verlieren. Deswegen mischt euch ein!“



Dr. Markus Eßer
Experte für
Materialsuren im LKA

„Am 1. März soll bereits das Ergebnis der Tarifrunde vorliegen, ein Selbstläufer werden die Verhandlungen



trotzdem nicht! Dazu hat die Politik unsere Gehälter in den vergangenen Jahren viel zu sehr gedrückt. Deshalb werden wir in diesem Jahr nicht darum herumkommen, für unsere Forderungen auf die Straße zu gehen. Am besten in Uniform! Das ist ein Signal dass auch bei den Verhandlungen im fernen Potsdam ankommt!“

Herbert Schulz
Bezirksbeamter
Kreispolizeibehörde des Rhein-Erft Kreises



„Die Steuereinnahmen sprudeln. Es gibt sogar Haushaltsüberschüsse. Unser Land befindet sich in einem stetigen Aufschwung. Deshalb wird es Zeit, auch bei den Verwaltungsbeamten endlich die deutlichen Einkommenslücken zu schließen. Insbesondere gegenüber dem Bund und den Kommunen. Sonst werden weitere Verwaltungsexperten aus der Polizei abwandern!“

Peter Stamm
Regierungsamtmann, Polizeipräsidium Köln

„Ich erwarte eine Gehaltserhöhung, die deutlich über der Inflationsrate liegt. Schließlich leisten wir gute Arbeit bei der Polizei. Das muss das Land endlich honorieren.“



Barbara Krause
Tarifbeschäftigte im
Zentralen
Ermittlungsdienst
Kreispolizeibehörde
Märkischer Kreis

„Die Kolleginnen und Kollegen haben sich eine Gehaltserhöhung verdient. Neben den herausragenden Einsätzen, wie z. B. im Hambacher Forst, erfordert auch die tägliche Arbeit aufgrund der Leistungsverdichtung durch Personalabbau und hohe Vorgangsbelastung ständig höchsten Einsatz und Flexibilität. Besonders beim Einsatz in Mord- und Ermittlungskommissionen hat der Arbeitstag häufig keinen Feierabend. Dies muss sich auch im Einkommen niederschlagen.“



Marcel Wachholz
Kriminalhauptkommissar
Kreispolizeibehörde
Paderborn



Bundeskongress: NRW-Delegierte ziehen positive Bilanz

56 der 255 Delegierten, die Ende November am GdP-Bundeskongress in Berlin teilgenommen haben, kamen aus NRW. Dass ihre Bilanz des nur alle vier Jahre stattfindenden Kongresses positiv ausfällt, liegt nicht nur an der dort zu spürenden Aufbruchsstimmung in der GdP, sondern auch an vielen auf dem Kongress beschlossenen Anträgen. Darunter spielten nicht nur zu Fragen der Verkehrs- und der Kriminalpolitik, der Arbeits-, Gesundheits- und Sozialpolitik eine größere Rolle, sondern auch zur inneren Struktur der GdP und zu ihrem politischen Selbstverständnis.



Zwei Themen ragen dabei aus NRW-Sicht besonders heraus: Zum einen hatten mehrere Antragsteller auf dem Bundeskongress gefordert, dass die Landesbezirke und Bezirke der GdP einen größeren Spielraum bekommen sollen, um über Beitragssenkungen ihre Attraktivität gegenüber anderen Gewerkschaften zu steigern. Gleichzeitig sollten die vorhandenen Einnahmen zulasten des Bundes neu verteilt werden. Beide Maßnahmen sind aus Sicht von NRW kritisch zu bewerten. Denn zum einen liegt der Mitgliedsbeitrag in der GdP bereits jetzt deutlich unter dem aller anderen DGB-Gewerkschaften. Ohne eine solide Finanzbasis aber lässt sich ein qualitativ hochwertiges Betreuungs-, Beratungs- und Serviceangebot für die Mitglieder nicht organisieren. Auch eine erfolgreiche politische Lobbyarbeit kann ohne die notwendigen Ressourcen kaum geleistet werden. Die Themen Beitragsgerechtigkeit und Unterstützung für die kleineren, mit weniger Ressourcen ausgestatteten Landesbezirke sollen aber weiter auf der politischen Tagesordnung bleiben. Zu beiden Komplexen wurden in Berlin mehrere Anträge beschlossen.

Eine längere Diskussion gab es zum anderen über einen vom Landesbezirk Bayern eingebrachten Antrag zum Austritt der GdP aus dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB). Hintergrund des Antrags waren die wiederholten Treffen von Antifa-Gruppen in DGB-Häusern, die von Teilen der DGB-Jugend geforderte Abschaffung des erst seit dem vergangenen Jahr geltenden § 114 StGB, mit dem Angriffe auf Polizisten und Rettungssanitäter wirksam geahndet werden können, und die fehlende Abgrenzung einzelner lokaler Gewerkschaftsgruppen von gewalttätigen Demonstranten. Zahlreiche Delegierte warnten davor, dass die GdP bei einem Austritt aus dem DGB in der politischen Bedeutungslosigkeit versinken würde. Unter den Rednern war auch der frühere GdP-Bundesvorsitzende Hermann Lutz, der eindringlich daran erinnerte, dass die GdP nicht nur ihre Meinungsführerschaft in Fragen der Inneren Sicherheit verlieren würde, sondern auch bei künftigen Tarifverhandlungen außen vor wäre. Weitere Delegierte erinnerten daran, dass es trotz inhaltlicher Differenzen in einzelnen Sachfragen zwischen den Positionen des DGB und der GdP eine sehr große Schnittmenge gibt und dass der Eintritt der GdP in den DGB mit zur Entwicklung einer bürgernahen Polizei beigetragen hat. Am Ende stimmten nur 12 der 255 Delegierten für einen Austritt aus dem DGB.

Auch bei den Sachanträgen konnte sich der Landesbezirk in mehreren strittigen Anträgen durchsetzen. So stimmte zum Beispiel entgegen den Empfehlungen der Antragsberatschungskommission eine Mehrheit der Delegierten für die Einführung einer Helmpflicht für Fahrradfahrer. Nicht durchsetzen konnte sich der Landesbezirk allerdings mit der Forderung, dass das Massendelikt Schwarzfahren in

Zukunft bei Ersttätern als Ordnungswidrigkeit geahndet wird, um Ressourcen für die Verfolgung anderer Straftaten freizubekommen. Diese Forderung ist Teil des bereits im April 2015 beschlossenen Kriminalpolitischen Programms des Landesbezirks.

Erfolgreich war NRW auch bei den Wahlen zum Geschäftsführenden Bundesvorstand (GBV). Der nordrhein-westfälische GdP-Vorsitzende Michael Mertens wurde mit 87,8 Prozent der abgegebenen Stimmen zu einem der vier stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt. Er löst Arnold Plickert ab, der seit 2013 als stellvertretender Bundesvorsitzender die Interessen des mit 42 000 Mitgliedern größten Landesbezirks auf der Bundesebene vertreten hat.

Mehr Infos zum GdP-Bundeskongress im Bundesteil dieser Ausgabe und unter www.gdp.de



Fotos: Hagen Immel und Lukas Maaßen



Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

- 12.1. Maria Balzer, Nieheim
- 13.1. Helga Boldt, Gelsenkirchen
- 16.1. Bernhardine Wieskus, Essen
- 17.1. Heinz Georg Rüdell, Krefeld
- 21.1. Erika Krokowski, Bottrop
- 24.1. Elsa Kuschinsky
- 29.1. Klaus Scheelje, Gelsenkirchen

91. Geburtstag

- 9.1. Margarete Lips, Wülfrath

92. Geburtstag

- 2.1. Gerda Stark, Porta Westfalica
Karl Heinz Vogel, Breckerfeld
- 3.1. Hermann Radloff, Düsseldorf
- 4.1. Ruth Heidkamp, Minden
- 10.1. Maria Zensen, Rheinbach
- 13.1. Paul Sander, Dortmund

- 22.1 Rudi Besser, Köln
Hermann Hartmann,
Mönchengladbach
- 24.1. Heinz Winterstein, Buchholz
- 26.1. Gerhard Tamschick, Schwelm

93. Geburtstag

- 6.1. Elfriede Rochhold, Selm
- 23.1. Lotte Franzen, Duisburg
- 25.1. Hilde Merten, Bad Honnef

94. Geburtstag

- 3.1. Erich Kuckelkorn,
Mönchengladbach
- 10.1. Hans Scheidung, Krefeld
- 12.1. Elisabeth Engelhart, Wuppertal
- 13.1. Johann Odenthal, Wangels
- 24.1. Manfred Zosel, Köln

96. Geburtstag

- 6.1. Irmgard Makovski,
Gelsenkirchen

97. Geburtstag

- 11.1. Werner Korf, Münster
- 13.1. Josef Nowak, Herne
- 20.1. Fritz Wettstein, Düsseldorf
- 24.1. Leo Kowalski, Dortmund

98. Geburtstag

- 1.1. Horst Fritz, Viersen
- 15.1. Gertrud Reiners, Neuss
- 22.1. Marianne Matheus, Hanau

99. Geburtstag

- 9.1. Gertrud Voessing, Kall
- 18.1. Helene Fritsching, Unna

100. Geburtstag

- 20.1 Käthe Kortewille, Mülheim

Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle:

Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf
Telefon (02 11) 2 91 01-0
Internet: www.gdp-nrw.de
E-Mail: info@gdp-nrw.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion:

Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)
Uschi Barrenberg (Mitarbeiterin)
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 32
Telefax: (02 11) 2 91 01 46
E-Mail: stephan.hegger@gdp-nrw.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 41
vom 1. Januar 2019

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

Redaktionsschluss der Februar-Ausgabe
ist der 8. Januar.

GdP-Service GmbH NRW:

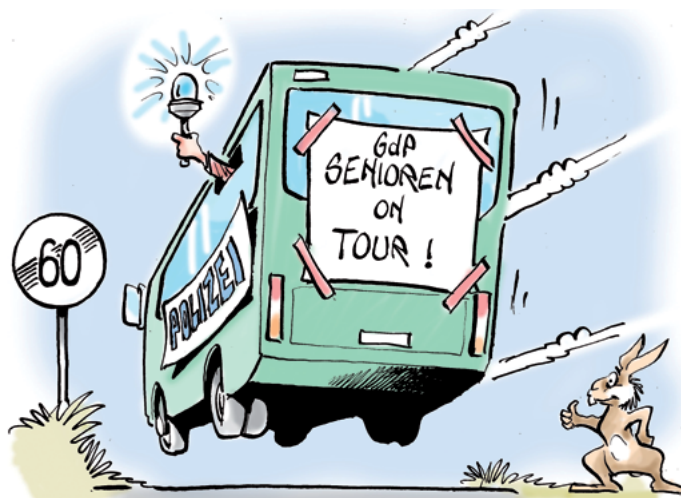
Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 60
Telefax: (02 11) 2 91 01 15
Internet: www.gdp-reiseservice.de
E-Mail: penguin@gdp-reiseservice.de

Senioren aktuell

Kreisgruppe Köln

17. Januar, 14 Uhr, Claudia Eckermann-Seel vom Beratungsdienst Geld und Haushalt zum Thema Gut vorge-

sorgt mit Vollmachten und Verfügungen, Pfarrsaal St. Georg, Georgstr. 2-4/ Ecke Waidmarkt, 50676 Köln



Das Berufsleben ist zu Ende, das Gewerkschaftsleben aber noch lange nicht! GdP-Mitglieder, die Fragen zu ihrem Pensions- oder Rentenanspruch haben, die Probleme bei der Beihilfe klären oder sich einfach nur mal mit ihren früheren Kolleginnen und Kollegen treffen wollen, um über die alten Zeiten zu plaudern oder gemeinsam einen Ausflug zu machen, finden in der GdP ein umfangreiches Freizeit- und Beratungsangebot. Wann und wo steht im aktuellen Seniorenkalender 2019.





Bundesseniorenreise 2019

24. September - 8. Oktober

4,5* LTI Amada Colossos Resort / Rhodos

Eingeschlossene Leistungen:

- Flug ab verschiedenen deutschen Flughäfen
- Zug zum Flug Ticket (DB) in der 2.Klasse
- Transfer vom Flughafen zum Hotel und zurück
 - 14 Übernachtungen im Doppelzimmer
 - Ultra All Inclusive
- Begleitung durch den GdP-Reiseservice

Reisepreis pro Person im Doppelzimmer
ab € 1.279,-

Bitte fordern Sie die ausführliche Ausschreibung an oder
besuchen Sie uns auf unserer Internetseite www.gdp-reiseservice.de.

GdP-Service GmbH
Gudastraße 9 40625 Düsseldorf
Reiseservice - Hotline 0211/29101 -60
www.gdp-reiseservice.de



Der Erfinder der Gewerkschaftsakademie geht in Ruhestand

26 Jahre lang, mehr als ein Vierteljahrhundert, war Martin Volkenrath Bildungssekretär des Landesbezirks NRW. Als er am 1. Mai 1992 vom sozialistischen Jugendverband Die Falken zur GdP kam, war Klaus Steffenhagen noch Landesvorsitzender der GdP und Herbert Schnoor Innenminister. Ganze Generationen von GdP-Mitgliedern haben sich seitdem in den von der Abteilung Bildung organisierten Seminaren auf die spätere Übernahme von ehrenamtlichen Funktionen in der GdP vorbereitet, von der Kreisgruppenebene bis hinein in den Landesvorstand. Und sie haben die Seminare genutzt, um sich fachlich mit berufsspezifischen Themen und Herausforderungen der Polizei auseinanderzusetzen oder sich politisch fortzubilden.

Mit mehr als sechzig Seminaren im Jahr ist das Bildungsangebot des Landesbezirks ein wichtiges Argument, wenn es um die Gewinnung neuer Mitglieder geht. Ein Alleinstellungsmerkmal, das keine andere Polizeigewerkschaft bietet.

Wie die anderen Gewerkschaftssekretäre hat Martin Volkenrath auch andere Aufgaben in der GdP übernommen. Die Betreuung der Vertrauensleute gehörte ebenso dazu wie die



Zuständigkeit für die Sonderdienste und den Schichtdienst. Sechs Jahre lang war er auch Frauensekretär. Auf die Frage, was für ihn im Rückblick die wichtigsten Highlights waren, nennt Martin Volkenrath sofort die Gewerkschaftsakademie, mit der interessierte Mitglieder auf die Übernahme von ehrenamtlichen Funktionen in der GdP vorbereitet werden, und die Kooperationsseminare mit dem Nederlandse Politiebond. Beides fasziniert ihn bis heute. Und gilt auch für die Zusammenarbeit mit dem Team-Arbeitskreis.

Am 31. Dezember ist Martin Volkenrath in die Freistellungsphase der Altersteilzeit gegangen. Seine Aufgaben als Bildungsreferent übernimmt Sandra Anders, die bislang die Abteilung Mitgliederbetreuung/Mitgliederwerbung der GdP verantwortet hat.

Glücksnummern des Monats

45 11712
Janine Roßbach, Siegburg
45 11879
Markus Zuchowski,
Essen/Mülheim
45 4584
Marcel Coutelle, Bergisches Land
45 11798
Barbara Kruse, Märkischer Kreis

Die Gewinner im Januar erhalten eine GdP-Uhr „Clock“.

GdP aktiv

16. 1., Skat- und Knobelturnier der Kreisgruppe Soest, 18 Uhr, Haus-Rasche Neugebauer, Wilhelmstraße 1, Bad Sassendorf

24. 1., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Minden-Lübbecke, 17 Uhr, Landhaus Rohlfing, Bergkirchener Straße 100, Minden

29. 1., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Ennepe-Ruhr, 15 Uhr, Berghäuser Hof, Hattinger Straße 121, Schwelm

30. 1., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Soest, 17 Uhr, Altes Brauhaus, Rathausstraße 12, Lippstadt, Gastredner: GdP-Landesvorsitzender Michael Mertens.

31. 1., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Bochum, 14 Uhr, Kunstmuseum, Kortumstraße 147, Bochum

31. 1., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Heinsberg, 14:30 Uhr, Gasthaus Sodekamp-Dohmen, Breite Straße 3, Hückelhoven-Hilfarth

21. 2., Skatturnier der Kreisgruppe Olpe, 15:30 Uhr, Dienstgebäude, Kortemickestraße 2, Olpe



Mit der GdP etwas Tolles erleben, kann man auch in 2019! Als Team an einem spannenden Turnier im Eisstockschießen teilnehmen, ein rasantes Kartrennen fahren oder mit Familie und Freunden einen schönen Tag im Phantasieland verbringen. Der Event-Kalender 2019 lässt keine Wünsche offen.

Ab Anfang Januar gibt es den Event-Kalender der GdP mit allen Details zu den einzelnen Events bei den Kreisgruppen vor Ort oder zum Download unter www.gdp-nrw.de.

Macht mit, nehmt teil, wir freuen uns auf euch!

NACHRUFE

Anneliese Burghardt	03.01.1934	Bielefeld	Margret Broszjo	01.11.1925	Hagen
Mike Neumann	16.10.1981	Bochum	Klaus Dietrich	07.12.1938	Köln
Udo Block	02.08.1961	Dortmund	Norbert Schmidt	11.04.1956	Köln
Wilfred Terhaag	19.04.1945	Dortmund	Friedrich Küpper	16.10.1933	LKA
Max Röthgens	19.06.1937	Düsseldorf	Pascal van Gassen	19.06.1970	Mönchengladbach
Manfred Kretschmer	20.12.1946	Essen/Mülheim	Christian Thelen	12.07.1969	Münster
Kurt Kaltenbach	07.01.1922	Gelsenkirchen	Helmut Bähr	16.05.1940	Recklinghausen
Karl Faber	13.07.1926	Gelsenkirchen	Ludger Lunemann	16.10.1943	Unna

